

Krawalle zum Anlaß nähme, um die ganze kommunistische Fraktion für einige Monate hinauszuerwerfen, dann hätte sie eine Fraktion mit dem Recht, die Bayerische Volkspartei geschaffen hat, die absolute Mehrheit. Wenn sie damit eine Reichsregierung einsehen würde, die nach ihrem Sturz bei Rückkehr der Kommunisten geschäftsführend am Ruder bliebe, wie würde dann das Zentrum ein solches Verfahren nennen? Verfassungsdurchbruch unter Mißbrauch der Geschäftsordnung oder so ähnlich. Was die Bayerische Volkspartei getan hat, ist nicht anders. Und es ist ganz undenkbar, daß es dabei bleiben kann.

Ähnliche Konflikte wird es bald auch in Preußen wieder geben. Die Ministerpräsidentenwahl am Mittwoch bleibt ergebnislos; das steht schon von vornherein fest. Dazu hat ja die Weimarer Koalition ihre Geschäftsordnungsänderung gemacht, damit ein Ergebnis mit relativer Mehrheit erreicht werden kann. Soweit wäre in ihrem Sinne alles gut. Aber da ist die vom Landtag anstehende Steuer- und Finanzordnung der geschäftsführenden Regierung, die den preussischen Beamten einen Sonderabzug in Form einer „Anwartschaft“ gebracht hat. Die Geschäftsregierung behauptet, daß die Aufhebung durch die oppositionelle Landtagsmehrheit rechtsunmöglich sei, und trifft alle Maßnahmen zur Anwendung der Notverordnung. Die Opposition wird mit einer Klage beim Staatsgerichtshof antworten. Wie es auch ausfällt, es kann die politischen Verhältnisse in Preußen keinesfalls stabilisieren. In der Praxis wird der Reichspräsident nicht um irgendeine Entscheidung herumkommen, die geregelte Zustände herbeiführt, und bei dem Widerstand des Zentrums gegen eine parlamentarische Lösung wird am Ende nichts anderes übrigbleiben als die Einleitung des Reichsnotstands.

Ueber alle diese Dinge und noch einige mehr wird morgen bei der Vänderkonferenz gesprochen. Der Reichsinnenminister hat sich zunächst für den Verhandlungswege entschieden, und es wäre im Reichs- und im Länderinteresse sicher das Beste, wenn alle diese Streitfragen zusammen mit denen der politischen Notverordnung schiedlich-

friedlich aus dem Wege geräumt werden könnten. Nur darf bei den widerspenstigen Zentrumsministern nicht der Eindruck entstehen, daß die Einladung zu Verhandlungen eine Aufmunterung für ihre rebellischen Gelüste bedeute. Wenn sie sich in der Aussprache nicht dazu entschließen können, sich autowillig den Anordnungen des Reichspräsidenten zu fügen, dann wird ihnen Herr v. Gaus gehen müssen, daß er bei einem ernsthaften Konflikt am längeren Hebel des Finanzsack durch die Verhängung über gewisse Zustände an die Länder, deren Gewährung im Bestehen des Reiches steht — Thüringen hat das von Dr. Wittig zu hören bekommen — und politisch durch die Wägbarkeit, aber Artikel 48 die Volksgewalt der Länder soweit als nötig auszusprechen.

Man munkelt davon, daß in der Bayerischen Volkspartei mit dem Gedanken gespielt worden sei, die 7. bayerische Division wie 1923 in der Ruhr-Rossum-Zeit für die bayerische Regierung in Aussicht zu nehmen. Ob diese Gerüchte nun richtig sind oder nicht, jedenfalls würden sich die Herren Gaus und Schäffer bei solchen Griffen am Schwert der Reichswehr in die Finger schneiden. Oder könnte es dazu kommen, daß der Reichspräsident die vollziehende Gewalt dem Reichswehr-Vandesskommandanten überträgt und auch die Landespolizei kraft Reichsrecht den Militärbehörden unterstellt. Niemand im Reich wünscht eine solche Entwicklung, aber die Bayerische Volkspartei darf sie auch nicht heraufschöpfen, wie sie es in ihrer Entschließung vom Sonntag tut, in der sie an ihr Eintreten für die Wiederwahl Hindenburgs erinnert und ihm mit versteckten Worten den Vorwurf des Treubruchs macht, weil er sich nicht verpflichtet fühlt, zum Dank für diese Wahlhilfe die Zentrumsregierung über Deutschland gegen die Strömung des Volkswillens zu verweigern. Auf diesem Wege, mit politischem Druck, richtet man bei Hindenburg am wenigsten aus; das haben schon andere erfahren müssen, die ihm näher standen. Und auch die Reichsregierung dürfte nun am Ende ihrer Geduld angelangt sein. Wenn am Mittwoch das Verhandeln nicht zum Ziele führt, dann muß endlich gehandelt werden.

Das Echo der Hessenwahlen

Sufriedenheit rechts - Verblendung links

Berlin, 20. Juni. Das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen wird in den Abendblättern besprochen. Der „Kriegsbrief“ meint, daß der Wahlsieg der Nationalsozialisten die letzte Hoffnung für den schwarz-roten Wegener erschlagen habe, der deutschen Freiheitsbewegung im Reich den Weg zur Macht zu verlegen. Das Wahlergebnis zeige klar die Richtung an, die die politische Entwicklung in Deutschland in den nächsten Wochen nehmen werde. Nach Ansicht des „Vokalanzigers“

scheint der Wahlausfall in Hessen dafür zu bürgen, daß bei entsprechender Anstrengung der nationalen Opposition ihr im kommenden Reichstag die Mehrheit anfallen könnte.

Der deutschnationalen „Tag“ betont, daß neben den wachsenden Überbau der NSDAP, auch die Deutschenationalen in geschlossenen, organisch sich verhaltenden Gliederungen vorwärts marschieren. In Hessen habe das Zentrum Gelegenheit, zu zeigen, ob es der nationalen Bewegung schon jetzt die Führung überlassen, oder ob es auch weiterhin zusammen mit arbeitlichen Marxisten aller Schattierungen einer Kamme Troy bieten wolle.

Der sozialdemokratische „Abend“ sagt das Wahlergebnis in die Freistellungen zusammen: Sozialdemokratische Vormacht (?), keine Majorendheit, keine Papen-Mehrheit!

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ hält es für zweifelhaft, ob die Hessenwahlen Rückschlüsse auf die Reichstagswahlen zulassen.

Wiederum habe sich gezeigt, daß das Zusammenstehen der bisherigen Mittelgruppen zu einer bürgerlichen Einheitsliste den Zusammenbruch der Mitte nicht ausschließen könne.

Die Zentrums-„Germania“ meint, die Zwischenprobe habe eindeutig bewiesen, daß das hessische Volk von der nationalsozialistischen Parteiherrschaft nichts wissen wolle.

Wie bei allen Wahlen, zeigt es sich auch bei dieser letzten Gelegenheit vor der großen Entscheidung, daß die ganze Karte den Kopf in den Sand steckt, um den Gang der politischen Entwicklung nicht sehen zu müssen. Von einem sozialdemokratischen „Vormarsch“ kann bei nüchternen Betrachtung der Zahlen keine Rede sein. Von einer „Papen-Mehrheit“ in diesem Zusammenhang zu reden, ist vollkommenere Unsinne. Und wenn das Zentrumsoorgan mit seiner Ueberzeugung sagen will, daß die Hessen eine nationalsozialistische Kleinherrenschaft abgelehnt haben, so müßte es doch auch einsehen, daß sie die Regierungsbeteiligung und Führung dieser Partei wollen, der sie 44 Prozent der Stimmen gegeben haben. Gerade dagegen sperrt sich aber das christliche Zentrum mit den Kräften der Verweigerung, um als Minderheit im Bund mit dem politischen Atheismus Konflikte heranzubekämpfen, die in unserer schweren Lage größte Gefahr für Staat und Volk bedeuten.

Das Ziel der Länderkonferenz

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Juni. Die Konferenz der Innenminister, zu der der Reichsinnenminister v. Gaus für Mittwoch eingeladen hat, wird am Mittwochvormittag stattfinden. Schon jetzt wird in den der Regierung nahestehenden Kreisen darauf hingewiesen, daß die Innenminister gewisser Länder, die zu einer Verschärfung der Spannungen in Deutschland in den letzten Tagen erheblich beigetragen haben, wohl seitens der Reichsregierung sich auf ein offenes Wort gefaßt machen müssen. Klar ist man sich im Reichsinnenministerium darüber klar, daß, rein formal gesehen, weder Baden noch Württemberg noch irgendeine andere Regierung direkt gegen die Notverordnung verstoßen haben. Es besteht aber die Ueberzeugung, daß in so hochgespannten Zeiten wie den gegenwärtigen das Verhältnis von Reich und Ländern weniger eine formale Angelegenheit als eine Frage von höchster politischer Bedeutung ist. Das Uniformverbot der süddeutschen Länder muß sich also als eine Aktion darstellen, deren Spitze gegen die politischen Grundlinien und Absichten der Reichspolitik gerichtet ist. Auch sieht man auf dem Standpunkt,

daß die politische Handhabung der Notverordnung von gewissen süddeutschen Ländern als eine offene Brückierung des Reichspräsidenten angesehen werden muß.

Was im speziellen Bayern anbelangt, so verweist man darauf, daß die Verhängung des Uniformverbotes bis in den September hinein ebenfalls dem Sinn der Notverordnung widerspricht. Die Notverordnung wollte die Gleichberechtigung der nationalen Bewegung mit allen anderen Gruppen des Volkes mit Ausnahme der Kommunisten sicherstellen. Nun benutzte man einen geringfügigen Anlaß zum Verbot der Uniformen in Bayern, und es mußte der Eindruck entstehen, daß dieser Anlaß eigentlich an den Bayern herbeigezogen wurde. Die Maßnahmen Bayerns dienen nicht der innerpolitischen Entspannung. Der Reichsminister des Innern dürfte deshalb Bayern zu bewegen versuchen, das Uniformverbot wenn nicht aufzuheben, so doch merklich abzukürzen.

Die Vaterländischen Verbände fordern Durchgreifen

Berlin, 20. Juni. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands haben an den Reichsminister des Innern, v. Gaus, folgendes Telegramm gerichtet: Im Vorgehen des in den bayerischen und badischen Landesregierungen maßgeblichen Zentrums gegen die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten erblicken wir den rechtswidrigen Verstoß, die Autorität des Herrn Reichspräsidenten zu erschüttern und damit Parteiherrschaft gegen die heutige Reichsregierung durchzusetzen. Das süddeutsche Zentrum spaltet damit nicht nur Bayern und Baden, sondern das ganze deutsche Volk. Dies geschieht im Angedenken der Vausanner Konferenz, dient damit dem französischen Imperialismus und ist ein Dolchstoß gegen die Freiheitsbestrebungen aller anderen Deutschen. Damit steht das süddeutsche Zentrum am Pranger vor Nation und Welt. Die vaterländische Bewegung nennt man Gehard und Gewissen unseres Volkes. Als solches rufen wir Ihnen zu: Greifen Sie gegen diese Reichsregierung durch. In Süd und Nord wird man es Ihnen danken. Reichsregierung werde hart!

Wahrung an den Reichsinnenminister

Berlin, 20. Juni. Der nationalsozialistische „Kriegsbrief“ weist am Montag unter Bezugnahme auf die letzten Zusammenkünfte in Köln und München darauf hin, daß die von der Reichsregierung gewährte Freiheit und im Sinne Hindenburgs verprobenen Freiheit der Wahl zum Reichstag zu einer blutigen Scharte wird, wenn die Reichsregierung nicht schleunigst ihre Pflicht tut. Diese Zusammenkünfte seien der Auftakt zu dem seit langem schwebenden, nunmehr aber ganz offen sich anbahnenden marxistischen Bürgerkrieg.

Im Zusammenhang mit der vom Reichsinnenminister auf Mittwoch einberufenen Vänderkonferenz mit den Innenministern erklärt das Blatt ferner, daß das Reichsinnenministerium bei Beginn der mit der politischen Notverordnung begonnenen Politik so ziemlich alle Energie habe vermissen lassen. Wenn der Reichsführer in seiner Rundfunkrede aus Pausanne gelaßt habe, es sei in dieser Zeit unmöglich, „Bewegungen gegenüber fremd zu bleiben, die instinkt- und willensmäßig den Lebenswillen Deutschlands verkörpern“, so sei das ein auter Satz, den Herr von Gaus verwerten sollte, wenn er die Herren Held, Holz und Leukner, die Verkörperer des mifratenen Lebenswillens glattester Parteivillikar, empfängt. Vielleicht belehre die kommunistische Generalkriegsbehe den Reichsinnenminister dahin, daß es mindestens so gut wäre, einmal auf die Nationalsozialisten zu hören, als wie es anscheinend geschieht. Sich auf die Informationen und Einflüsterungen der Leute ausschließlich zu stützen, die in seinem Ministerium schon unter seinen Vorgängern die öffentliche Meinung im Sinne der Linken und des Zentrums machten.

Schwierige Verhandlungen in Genf

Der Kampf um ein Abrüstungsminimum

Genf, 20. Juni. Die privaten Besprechungen der Delegationsführer Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs dauerten heute nachmittags etwa 2 1/2 Stunden. Gerüchlicherweise verlautet, daß die Frage einer Abrüstungskontrolle, ferner Fragen, die sich auf eine Regelung der schweren Angriffswaffen beziehen, besprochen worden seien. Der amerikanische Plan einer Festlegung der Ozeerstützen nach einem bestimmten Schlüssel soll ebenfalls behandelt worden sein.

Allgemein hört man heute, daß die drei Hauptdelegationen in ihren privaten Besprechungen auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen seien, und es wird infolgedessen wieder als frankly bezeichnet, ob schon Mitte der Woche die anderen Delegationen zu den Besprechungen hinzugezogen werden.

Im Laufe der Besprechungen, die seit gestern zwischen verschiedenen Delegationen im Gange sind, hatte der deutsche Delegationsführer Reichsminister Gaus eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister G. Grani, in deren Verlauf die einzelnen Probleme der Konferenz im Sinne einer Weltlösung besprochen wurden. Weitere Besprechungen ähnlicher Art werden zwischen der deutschen Delegation und anderen Delegationen folgen. Für morgen hat der britische Außenminister Sir John Simon Reichsminister Gaus zum Frühstück eingeladen. Am Laufe des heutigen Nachmittags machte Senator de Jouvenel, der seit dem Regierungswechsel in Frankreich der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz angehört, dem deutschen Delegationsführer einen Besuch und sprach über die in Gang befindlichen Besprechungen.

Die Wahlkraft der Deutschen Volkspartei

Die Verhandlungen über die neue Mittelpartei geteilt

Berlin, 20. Juni. Die Zentralvorhandlung der Deutschen Volkspartei, die am Sonntag in Berlin stattfand und die von ausschlaggebender Bedeutung nicht nur für die Haltung der DVP, im Wahlkampf, sondern auch für die Aussichten der Sammlungsbestrebungen in der Mitte war, hat den eindeutigen Beweis dafür erbracht, daß die Partei alle ernsthaften Sammlungsveruche in der völkischen Mitte als geteilt anseht. In dem bereits mitgeteilten Antrag der Parteileitung, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, wird diese Tatsache mit klaren Worten ausgedrückt. Sollten also etwa seitens der künftigen auf der Gründungsversammlung der neuerkreierten Mittelpartei eingehenden Ausschüsse noch irgendwelche dahingehende Versuche fortgesetzt werden, so ist jedenfalls anzunehmen, daß die DVP sich an ihnen nicht mehr beteiligen wird.

Dieser Beschluß des Zentralvorstandes stellt also eine eindeutige Klage an die Bestrebungen der Herren Goll, Wildhagen, Gieseler, Schlange-Schönungen, Treppmanns etc., womit das Schicksal dieser Sammlungsveruche tatsächlich besiegelt sein dürfte, er läßt aber noch alle Möglichkeiten hinsichtlich der weiteren Haltung der DVP im Wahlkampf offen. Wenn es auch in der Entscheidung heißt, daß die Volkspartei „in allen Wahlkreisen selbständig in den Kampf geht“, so hat Dingeldey in seinem Vortrag doch erkennen lassen, daß die Volkspartei besondere Maßnahmen treffen werde, damit keine Stimmen bei den Reichstagswahlen verloren gehen. Offenbar ist bei diesen „besonderen Maßnahmen“ an neue Verhandlungen mit den Deutschnationalen gedacht, mit denen offenbar eine Art Völkerverbindung erstrebt wird.

Sonderbare Parteiverbindung in Bayern

München, 20. Juni. Zwischen dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund und der Bayerischen Volkspartei wird für die Reichstagswahlen unter der Bezeichnung Bauernbund eine enge Verbindung angestrebt. Die soll zur Aufgabe haben, eine föderalistische bayerische Front in dem kommenden Reichstag zu stellen. — Wenn man bedenkt, daß der Bayerische Bauernbund als scharfe Kampfbewegung gegen die Zentrumsregierung gegründet wurde und als solche gelebt hat, dann wird es klar, daß er durch eine Verbindung mit der Bayerischen Volkspartei seine Existenz aufgeben würde. Nur die gemeinsame Angst vor dem Nationalsozialismus könnte eine so unnatürliche Gemeinshaft verständlich machen.

Adolf Hitler spricht in Weimar

Weimar, 20. Juni. Auf einer von etwa 2000 Teilnehmern besuchten Amtswahlversammlung des Gau's Thüringen der NSDAP, führte Adolf Hitler, der auf der Reise von Berlin nach Weimar hier absteigen war, in einer kurzen Ansprache u. a. aus: Der 31. Juli sei für die NSDAP ein wichtiger Tag, um zu sehen, wie stark sie sei. Er werde in eine Koalition hineingehen unter der Voraussetzung, daß sie nicht die Politik des überwindenen Deutschland, sondern die des kommenden Deutschland betreiben wird. Wenn das nicht möglich sei, dann würden die Nationalsozialisten lieber mit 200 Mann in Opposition stehen, als 80 Ministerposten belegen.

Die Krankenversicherungsbeiträge der Erwerbslosen

Berlin, 20. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Die Neueinführung der Unterhaltungsbeiträge in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung macht eine Anpassung und eine veränderte Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung für die Arbeitslosen erforderlich. Diese Regelung ist in Vorbereitung. Für die Uebergangszeit hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß für die Berechnung der Beiträge der doppelte Beitrag der Unterhaltung als Grundlohn anzusetzen ist. Falls hiernach ein geringerer Betrag als der um 5 v. H. gekürzte Junibeitrag sich errechnen würde, können die Krankenkassen die Zahlung dieses gekürzten Junibeitrages verlangen. Diese Uebergangsregelung gilt bis zum 1. November d. J.

Verurteilt durch den Reichsinnenminister

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Juni. Wie verlautet, hat der Ministerialdirektor Menzel und der Ministerialdirektent Gänischel vom Reichsinnenministerium beantragt, die Verurteilung in der Wunde des Reichsinnenministers Friedrich von Gaus erfolgt. Beide Beamte gelten als der Sozialdemokratischen Partei nahestehend.

Ministerialdirektent Gänischel war Leiter der Verfassungsbteilung des Reichsinnenministeriums und wird nach seinem Ausscheiden einen Sonderauftrag auf dem Gebiete des Presserechts bekommen. Ministerialdirektor Menzel hat sich ebenso wie Gänischel bei den Notverordnungen, die das S. A. Verbot mit sich brachten, besonders hervorgetan.

Die englischen Abrüstungspläne

Paris, 20. Juni. Nach einer Meldung der „Liberté“ aus Genf sollen die englischen Abrüstungspläne sich auf folgende Punkte beziehen: 15jährige Stillungspause, allgemeine Herabsetzung der Militärkredite um 5 bis 15 Prozent, die Beseitigung des chemischen und bakteriologischen Krieges, Kontrolle der Bombenfabrikation, genaue Reglementierung des Bombenflugwesens und der Gabel-Luftfahrt und Einleitung einer künftigen Abrüstungskonvention.

Die Stützungsaktion für Oesterreich

Genf, 20. Juni. Der Vorsitzende des Gemischten Ausschusses des Völkerbundes, der einen Plan für eine finanzielle Unterstützung Oesterreichs ausgearbeitet hatte, hat der französischen, englischen, italienischen und deutschen Regierung mitgeteilt: Der Ausschuss müsse nunmehr die Aufforderungen der genannten Regierungen erfüllen, und diese werden gebeten, dem Vorsitzenden ihre Stellungnahme sobald wie möglich mitzuteilen. Wie verlautet, hat die Aufforderung den Charakter einer dringlichen Mahnung. In dem Brief des Vorsitzenden soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Oesterreich zu einem Transferrmoratorium greifen werde, falls bis zum 21. dieses Monats eine Zustimmung der Regierungen zu dem vorliegenden Kreditplan nicht vorliegt.

Die italienische Regierung hat die Anfrage, welchen Betrag sie für diese Anleihe leisten würde, dahin beantwortet, daß sie sich zu einer Summe von 80 Millionen Schilling bereit erklärt hat.

Die Vorw... der Tag... begangen... die bisher... Stand zu h... teil das al... Rapallo-Er... mit Recht a... Schon u... seitens der... vorgeworfe... nur mit ha... in Rostok... wirtschaftl... Frankreich... wiederholt... punkte auf... mit dem S... folge in R... auch manch... während de... haben die P... annahme i... Theorien i... schieden. U... kommissarie... wolle die i... zu überzeu... teufels hat... sondern die... Optimismus... habe, sonde... gerichtet

wird, die... nahme von... taktische V... realen He... von Berlin... geidnet mi... Erinnerung... treffen wi... Sympathie... freigeht i... v. Papen, r... regierung... Rapallo-V... russische R... höheren H... Noch i... von Papen... Rapallo an... In den sel... einen Inge... gesehen, b... sein" - h... mächstis... hällige Z... minister d... im Berl...

„Wird der... sein als i... Adelsall... Gegner er... werden i... flüssigen V... wir in Be... werden be... aus freist... sich ein F...

Unter... literatur... besondere... alle, wurd... todeschw... ehrlichen i... Johann... es seiner... wech ein... Er began... leuener... schrieb mi... die „Neu... bis auf ei... sel alleit... lie Sel... für sich... Drama i... den „Ne... Doch hier... feine eig... aus dem i... Charakter... lenkte... schrift er... jedem V... schwerten... in die Wel... deutsche V... tung na... Dehmel... gann in d... noch meh... denen e... Erkendend... auf, als... „untertr... kaum die... de in d... Will... und war... keine (e...